

Schleswig-Holsteinischer Landtag

Stenographischer Dienst und Ausschusssdienst

N i e d e r s c h r i f t

Bildungsausschuss

16. WP - 39. Sitzung

am Donnerstag, dem 20. September 2007, 14 Uhr,
in Sitzungszimmer 142 des Landtages

Anwesende Abgeordnete

Sylvia Eisenberg (CDU)

Vorsitzende

Heike Franzen (CDU)

Niclas Herbst (CDU)

Wilfried Wengler (CDU)

Astrid Höfs (SPD)

i. V. von Detlef Buder

Dr. Henning Höppner (SPD)

Hans Müller (SPD)

Jürgen Weber (SPD)

Monika Heinold (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

i. V. von Angelika Birk

Dr. Ekkehard Klug (FDP)

Fehlende Abgeordnete

Susanne Herold (CDU)

Die Liste der **weiteren Anwesenden** befindet sich in der Sitzungsakte.

Tagesordnung:	Seite
1. Gespräch mit dem Sprecher des Arbeitskreises der Bildungsstätten im Landesverband der Volkshochschulen, Dr. Rainer Pelka, über die Evaluation der Bildungsstätten	4
Umdruck 16/2348 (neu)	
2. Präsentation des Wissenschaftsministeriums zur Neuen Hochschulsteuerung in Schleswig-Holstein	13
hierzu: Umdruck 16/2375	
3. Informatik als Unterrichtsfach in der Schule	15
Antrag der Fraktion der FDP Drucksache 16/1496 (überwiesen am 13. Juli 2007 an den Bildungsausschuss)	
4. Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Schleswig-Holsteinischen Schulgesetzes	16
Gesetzentwurf der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Drucksache 16/1563 (überwiesen am 13. September 2007 an den Bildungsausschuss)	
5. Bericht zur Eingangsphase der Grundschule	17
Bericht der Landesregierung Drucksache 16/1462 (überwiesen am 14. September 2007 an den Bildungsausschuss zur abschließenden Beratung)	
6. Bericht zur Unterrichtssituation 2006/07	18
Bericht der Landesregierung Drucksache 16/1519 (überwiesen am 14. September 2007 an den Bildungsausschuss zur abschließenden Beratung)	
7. Verschiedenes	20

Die Vorsitzende, Abg. Eisenberg, eröffnet die Sitzung um 14:00 Uhr und stellt die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest. Die Tagesordnung wird in der vorstehenden Fassung gebilligt.

Punkt 1 der Tagesordnung:

Gespräch mit dem Sprecher des Arbeitskreises der Bildungsstätten im Landesverband der Volkshochschulen, Dr. Rainer Pelka, über die Evaluation der Bildungsstätten

hierzu: Umdruck 16/2348 (neu)

Herr Behrsing, Direktor des Landesverbandes der Volkshochschulen, weist einleitend darauf hin, dass außer den parteinahen Bildungsstätten alle relevanten Bildungsstätten inklusive des Landeskulturzentrums Salzau und zwei Bildungsstätten in Dänemark im Arbeitskreis Heimvolkshochschulen und Bildungsstätten vertreten seien. Von den insgesamt 13 Bildungsstätten würden fünf vom Land gefördert.

Dr. Pelka, Sprecher des Arbeitskreises der Bildungsstätten im Landesverband der Volkshochschulen, stellt zunächst die fünf vom Land geförderten Bildungsstätten vor:

Die Akademie am See Koppelsberg arbeitet als Haus für Jugend-, Erwachsenen- und Familienbildung auf der Grundlage des evangelischen Glaubens in ökumenischer Offenheit und Verantwortung. Die Bildungsangebote richten sich an Menschen unterschiedlicher kultureller, religiöser und sozialer Herkunft und sollen zum selbstständigen und verantwortungsbewussten Denken, Entscheiden und Handeln im öffentlichen und privaten Leben ermutigen. Träger der Akademie ist der gemeinnützige „Verein Ev. Landvolkshochschule Koppelsberg e.V.“ Die Akademie am See hat im Jahr 2006 219 Veranstaltungen ausgerichtet, dafür 3750 Teilnehmerinnen und Teilnehmer gewonnen und 8055 Teilnehmertage erarbeitet. Leiterin der Akademie ist Frau Anne Hermanns.

Das Nordkolleg in Rendsburg ist die älteste Einrichtung dieser Art in Schleswig-Holstein mit einer Tradition, die bis ins 19. Jahrhundert zurückreicht. Das Nordkolleg konzentriert sich in seiner Arbeit auf die Fachbereiche Literatur, Kultur und Gesellschaft, Musik und Sprachen. Träger des Nordkollegs ist eine gemeinnützige GmbH, deren Hauptgesellschafter der Kreis Rendsburg-Eckernförde und die Stadt Rendsburg sind. Das Nordkolleg hat im Jahr 2006 239 Veranstaltungen ausgerichtet mit 3951 Teilnehmerinnen und Teilnehmern und dabei 13.764

Teilnehmertage erwirtschaftet. Leiter des Nordkollegs ist Herr Guido Froese, der seine Tätigkeit dort im vergangenen Mai aufgenommen hat.

*Die **Nordsee Akademie in Leck** hat einen Schwerpunkt ihrer Arbeit im Bereich der neuen Medien, speziell beim Thema Datensicherheit/Datenschutz, das sie in Zusammenarbeit mit dem Unabhängigen Landeszentrum für Datenschutz bearbeitet. Darüber hinaus organisiert die Nordsee Akademie Studienaufenthalte und Studienreisen, in denen sie die Kultur, die Geschichte und die Wirtschaft der Grenzregion Nordfriesland vorstellt. Träger der Nordsee Akademie ist der gemeinnützige Deutsche Grenzverein e.V., Eigentümer der Immobilie der Kreis Nordfriesland. Die Nordsee Akademie hat im Jahr 2006 249 Veranstaltungen ausgerichtet mit 6968 Teilnehmerinnen und Teilnehmern und dabei 15.724 Teilnehmertage erarbeitet. Leiter der Nordsee Akademie ist Herr Oke Sibbersen, der heute wegen einer Veranstaltung, die er selbst zu leiten hat, verhindert ist und durch Dr. Markus Witt vertreten wird.*

*Die **Internationale Bildungsstätte Jugendhof Scheersberg** ist das Zentrum für die kulturelle, soziale und politische Jugendbildung in Schleswig-Holstein, ein Ort der Vernetzung vielfältigster Aktivitäten von Verbänden, Institutionen und Organisationen, die den Scheersberg als Treffpunkt und ‚Lernort‘ aufsuchen, um Orientierung zu finden, sich mit unterschiedlichsten persönlichen sowie politischen Fragen zu beschäftigen, einen eigenen Standpunkt zu finden, Identität zu entwickeln und sich mit den verschiedenen kulturellen Medien wie Theater, Film, Musik, Tanz und bildnerischem Gestalten auszudrücken. Träger des Jugendhofs Scheersberg ist der Deutsche Grenzverein e.V., Eigentümer der Immobilie der Kreis Schleswig-Flensburg. Der Jugendhof Scheersberg hat im Jahr 2006 263 Veranstaltungen ausgerichtet mit 6806 Teilnehmerinnen und Teilnehmern und ist dabei auf eine Summe von 24.067 Teilnehmertage gekommen. Leiter des Jugendhofs Scheersberg ist Herr Hartmut Piekatz.*

*Die **Akademie Sankelmark** und die **Europäische Akademie Schleswig-Holstein** sind zwei rechtlich und wirtschaftlich getrennte Einrichtungen, die jedoch im Tagungszentrum Sankelmark auf der Grundlage eines Kooperationsvertrages eng miteinander zusammenarbeiten. Die Akademie Sankelmark konzentriert sich auf politische Bildung, Geschichte, Kultur und Religion, Literatur und bildende Kunst und damit um die ethischen Grundlagen unserer Gesellschaft; die Arbeit der Europäischen Akademie stützt sich auf die drei Säulen der Europa Akademie, der Europäischen Rechtsakademie und der Akademie für Angelegenheiten der Minderheiten. Träger der Akademie Sankelmark und Eigentümer der Immobilie des Tagungszentrums ist der Deutsche Grenzverein e.V., Träger der Europäischen Akademie der gemeinnützige Europäische Akademie Schleswig-Holstein e.V. Beide Akademien zusammen haben im Jahr 2006 156 Veranstaltungen mit 6669 Teilnehmerinnen und Teilnehmern ausgerichtet und*

sind dabei auf 15.568 Teilnehmertage gekommen. Ich bin in meiner Person gemeinsamer Leiter beider Einrichtungen.

Unsere fünf Bildungsstätten zusammen haben im vergangenen Jahr rund 28.150 Teilnehmerinnen und Teilnehmer mit unserem Bildungsangebot erreicht. Das entspricht der gesamten Einwohnerzahl der Stadt Rendsburg. In weitere Zahlen möchte ich mich jetzt nicht vertiefen; Sie finden alle diese Zahlen in der Übersicht zur Selbstevaluation, die Ihnen Frau Dr. Janzen aus der Kulturabteilung der Staatskanzlei als Vorlage zu diesem Tagesordnungspunkt zusammengestellt hat (Umdruck 16/2348 (neu)).

*Unsere fünf **Akademien und Bildungsstätten** sind allerdings nicht die einzigen Einrichtungen, die in Schleswig-Holstein vergleichbare Arbeit machen. Im Arbeitskreis der Heimvolkshochschulen und Bildungsstätten des Landesverbandes der Volkshochschulen sind darüber hinaus noch zusammengeschlossen:*

die Akademie am Meer Klappholttal auf Sylt,

die Academia Baltica mit Sitz in Lübeck,

die Jaruplund Højskole in Jarplund bei Flensburg,

die Landeskulturzentrum Salzau Betriebs-gGmbH,

das Osterberg-Institut in Niederkleveez bei Malente,

und die beiden grenznahen dänischen Einrichtungen

Højskole Østersøn in Apenrade und

die Deutsche Nachschule in Tinglev.

Doch auch das sind noch nicht alle Einrichtungen in Schleswig-Holstein mit vergleichbarer Arbeit. Hinzu kommen noch die beiden Akademien der politischen Stiftungen - die Hermann Ehlers Akademie in Kiel sowie das Haus Seehof der Gustav Heinemann Stiftung in Malente -, weiterhin das kirchliche Christian-Jensen-Kolleg in Breklum und das freikirchliche Bildungszentrum Wittensee. Außerdem halten berufsbildende Einrichtungen wie die Sparkassenakademie in Kiel, die Verwaltungsakademie in Bordesholm oder das Haus Tannenfelde der Unternehmensverbände Häuser mit Internatsbetrieb vergleichbar unseren Bildungshäusern vor.

Alle diese Einrichtungen stehen vor ähnlichen Problemen wie wir fünf und versuchen ähnliche Lösungsstrategien für diese Probleme.

Sodann wendet sich Dr. Pelka den Ergebnissen der Selbstevaluation der fünf vom Land institutionell geförderten Bildungsstätten zu (Umdruck 16/2348 (neu)).

Unsere Selbstevaluation hat über die detaillierten Zahlen hinaus viele positive Ergebnisse und auch einige Probleme aufgezeigt, von denen ich Ihnen die wichtigsten kurz vorstellen möchte. Dabei orientiere ich mich an den Zielen, die die Richtlinie für die Förderung unserer Arbeit formuliert.

Profilbildung und Vernetzung

Als Folge des Prozesses Ende der 90er-Jahre, in dem die Bildungsstätten gemeinsam mit dem damaligen Kultusministerium die Grundlagen für die heutige Förderung erarbeitet haben, hat jede unserer Einrichtungen ihr eigenes Profil entwickelt und geschärft, was zur Folge hat, dass es heute zwischen unseren Einrichtungen nur marginale Schnittmengen gibt. Das gilt sowohl für die inhaltliche und thematische Ausrichtung als auch für die Zielgruppen, die wir ansprechen. Im Ergebnis gibt es ein inhaltlich und methodisch breit gefächertes Angebot sowie so gut wie keine gleichen Veranstaltungen in unterschiedlichen Einrichtung und damit ein optimales Angebot für das Publikum.

Da wir durch die Schärfung unserer Profile in zentralen Bereichen nicht in Konkurrenz miteinander stehen, ist die Vernetzung unter unseren Einrichtungen denkbar gut, das Verhältnis unter den handelnden Personen freundschaftlich. Das bedeutet in der Konsequenz, dass wir in unseren Einrichtungen die öffentlichen Fördermittel optimal einsetzen. Das bedeutet gleichzeitig aber auch, dass keine unserer Einrichtungen verzichtbar ist. Denn wer zum Beispiel im Nordkolleg Sprachen, in der Nordsee Akademie Datenschutz oder auf dem Scheersberg soziale Kompetenz nachfragt, wird ein solches Angebot nirgendwo anders mehr finden, wenn eine dieser Einrichtungen aufhört zu existieren.

Steigerung der Auslastung

Darüber, wie man die Auslastung einer Bildungsstätte misst, kann man stundenlang miteinander diskutieren. Am sinnvollsten scheint mir bei unserem heutigen Zweck, dafür das zentrale Kriterium der Förderrichtlinie zu wählen: die Teilnehmertage. Dabei zeigt sich, dass unsere Einrichtungen die Auslastung steigern konnten, wobei im Jahr 2006 Sonderentwicklungen

gen die sonst vorhandene Einheitlichkeit dieser Entwicklung beeinträchtigen: Sowohl in der Akademie am See auf dem Koppelsberg als auch im Nordkolleg schränkten Baumaßnahmen den Betrieb stark ein, deshalb dort die eher bescheidenen Steigerungsraten im Jahr 2006. Lässt man diese punktuellen Sonderentwicklungen unberücksichtigt, lautet das Ergebnis: Ziel erreicht.

Erhöhung der Eigenwirtschaftlichkeit

Als Kriterium für die Eigenwirtschaftlichkeit gilt der Anteil an den Einnahmen, den die Bildungsstätten aus dem „Verkauf ihrer Produkte“, also den Teilnehmerbeiträgen und der Vermietung ihrer Räumlichkeiten, erzielen. Auch bei diesem Punkt zeigt sich eine erfreuliche Entwicklung mit einer durchschnittlichen Eigenfinanzierungsquote von heute 71 %, insbesondere wenn man die Einschränkungen der Akademie am See und des Nordkollegs wegen der Baumaßnahmen berücksichtigt.

Zum Vergleich: Das Landeskulturzentrum Salzaue zum Beispiel hatte nach meinem Wissen im Jahr 2006 erstmals eine Eigenfinanzierungsquote von 35 %, wobei im Unterschied zu unseren Einrichtungen in Salzaue die Kosten für die Immobilie nicht mit einbezogen sind.

Dazu ist anzumerken, dass unsere Bildungsstätten alle Kosten aus ihren Einnahmen erwirtschaften müssen, also nicht nur die Sachausgaben für die Veranstaltungen und den laufenden Betrieb, sondern auch den Aufwand für die Gehälter, die Steuern und die Sozialabgaben, die Kosten für die Immobilien, die Abschreibungen und eventuelle Rückstellungen für zukünftige Investitionen.

Berücksichtigung benachteiligter Zielgruppen

Als benachteiligt und damit in besonderer Form förderungswürdig definiert die Richtlinie folgende Zielgruppen: (1) Jugendliche, (2) Familien, (3) Arbeitslose und (4) Sozialhilfe- und ALG2-Empfänger. Für Teilnehmer aus diesen Zielgruppen können unsere Bildungsstätten den 1,5-fachen Betrag pro Tag und Teilnehmer in Ansatz bringen.

Setzt man den Anteil der „normalen“ Teilnehmer in Relation zu denen aus diesen „benachteiligten“ Zielgruppen, dann kommen unsere fünf Bildungsstätten im Jahr 2006 im Schnitt auf einen Anteil von 35 % an Teilnehmern aus „benachteiligten“ Zielgruppen. Das liegt - wenn man davon absieht, dass nahezu 100 % der Bevölkerung in irgendeiner Form Mitglied einer Familie sind - deutlich über dem Verhältnis innerhalb der Gesamtbevölkerung.

Unsere fünf Bildungsstätten nehmen sich also in besonderem Maße „benachteiligter“ Zielgruppen an und erreichen sie auch erfolgreich. Daran zeigt sich, dass die öffentliche Förderung in unseren Einrichtungen richtig angesiedelt ist.

Qualitätssicherung und Innovation

Zum Thema Qualitätssicherung und Innovation können wir Ihnen keine Zahlen anbieten. Das liegt in der Natur der Sache, da unsere Bildungsstätten keine Standardveranstaltungen von der Stange abspulen, sondern praktisch jede ihrer Veranstaltungen individuell auf die Zielgruppe und das Thema hin neu entwickeln. Dass wir Veranstaltungen mit identischem Programm wiederholen, ist eine nahezu exotische Ausnahme. Insofern könnte ich Ihnen ohne Unrechtsbewusstsein sagen, dass unsere Innovationsquote bei nahezu 100 % liegt. Doch das wäre nur die halbe Wahrheit; dazu später mehr.

Was das Thema Qualitätssicherung angeht, stehen wir unter einer Kontrolle, wie wir sie uns schärfer und effizienter kaum vorstellen könnten: die Kontrolle durch unsere Teilnehmer, die sofort reagieren, wenn die Qualität des Angebotes aus ihrer Sicht nicht stimmt. Alle unsere Bildungsstätten verwenden zur Qualitätssicherung durchweg standardisierte Verfahren der Teilnehmerbefragung und die Veranstaltungsauswertung - schon aus reinem Eigeninteresse. Denn was unsere Teilnehmer über die Qualität unserer Angebote weiter erzählen, ist für uns die beste Werbung. Und wir sind nicht nur darauf angewiesen, sondern schaffen es auch, ständig neue Teilnehmer zu gewinnen: Im Jahr 2006 waren zwei von fünf Teilnehmern, die zu uns kamen, in jenem Jahr zum ersten Mal bei uns im Haus. Das ist im bundesweiten Vergleich ein beachtenswertes Ergebnis.

Schwierigkeiten, vor denen wir stehen

*Neben den Erfolgen, die unsere fünf Einrichtungen in den vergangenen Jahren zu verzeichnen hatten, gibt es natürlich auch Schwierigkeiten und Probleme, vor denen wir stehen. Ich beginne beim Geld, ein Thema, das jeden von uns Leitern täglich begleitet. Hintergrund ist die Entwicklung seit 1999: In den sieben Jahren seit Einführung des aktuellen Fördersystems auf der Grundlage von Teilnehmertagen ist die Gesamtzahl der Teilnehmertage aller Bildungsstätten von ursprünglich rund 67.500 um 14 % auf 77.200 gestiegen. Parallel dazu ist die Gesamtsumme der **Förderung**, die auf die Teilnehmertage umgelegt wird, um 14 % auf rund 1,4 Millionen € gesunken.*

In Euro und Cent ausgedrückt heißt das: Erhielten unsere Bildungsstätten im Jahr 1999 noch pro Tag und Teilnehmer einen durchschnittlichen Förderbetrag von 24,10 €, so sank dieser

Betrag bis ins Jahr 2006 auf 18,24 €. Rechnet man dann noch die Inflationsrate von 12 % seit 1999 hinzu, ist der Wert des Teilnehmertages im Jahr 2006 um ziemlich genau 1/3 gesunken.

Unsere Kosten, aufgrund unserer Struktur als Dienstleistungsunternehmen vor allem Personalkosten, sind jedoch entsprechend der allgemeinen Einkommensentwicklung gestiegen. Damit hat sich für uns eine Lücke zwischen Einnahmen und Ausgaben geöffnet, die von Jahr zu Jahr größer wurde. Als Konsequenz haben wir (1) Einsparungen vorgenommen um nahezu jeden Preis, gleichzeitig mussten wir jedoch (2) trotzdem unsere Preise erhöhen. Mittlerweile haben deshalb einige unserer Einrichtungen ein Preisniveau erreicht, das trotz besonderer Subventionierung finanziell benachteiligter Gruppen für Mitglieder dieser Gruppe kaum mehr bezahlbar ist. Darin sehen wir ein großes Problem, zumal sich gegenwärtig keine Umkehr dieser Entwicklung abzeichnet.

Wir stehen als wirtschaftlich verantwortliche Leiter unserer Einrichtungen täglich vor der Herausforderung, die Preise für das Publikum bezahlbar zu halten und gleichzeitig unsere Kosten zu decken, da unsere Träger - mit Ausnahme vielleicht des Nordkollegs - als gemeinnützige Vereine über keine laufenden Einnahmen verfügen, aus denen sie eventuelle Defizite unserer Häuser decken könnten; im Zweifel ist dann der Schritt zur Insolvenz nicht mehr sehr groß.

Wir sparen deshalb, wo wir können, selbst da, wo es eigentlich nicht zu verantworten ist. Oder anders formuliert: Wir arbeiten „von der Hand in den Mund“ und leben zum Teil von der Substanz, der baulichen, der personellen und der inhaltlichen. Das ist in vielen Bereichen problematisch. Ich möchte hier nur zwei Punkte ansprechen:

Wir haben weder die Personalkapazität, um in nennenswerten Umfang Anträge für Projektförderung erarbeiten und stellen zu können, noch die Komplementärmittel, die in der Regel notwendig sind, um Projektförderung zu erlangen. Das beraubt uns einer guten und von anderen vielfach genutzten Möglichkeit, auch einmal besondere Veranstaltungen anbieten zu können, die für die Teilnehmer zu symbolischen Preisen oder gar ganz kostenlos zu haben sind. Wir können es uns nicht erlauben, Mitarbeiter für die Erarbeitung neuer, innovativer Projekte freizustellen, die dann möglicherweise noch nicht einmal Teilnehmertage erbringen. - So viel als Nachtrag zum Thema Innovation.

*Eine von uns vielfach genutzte Möglichkeit, der **Finanzenge** zu entkommen, ist die Vermietung an Fremdveranstalter, wenn wir selbst nicht alle unsere Räumlichkeiten brauchen. Das bringt Geld in die Kasse und senkt den Fixkostenanteil pro Teilnehmer und pro Veranstaltung auch bei unserem eigenen Angebot. Doch hier kommen nun die weiteren Bildungsstätten und*

Einrichtungen in unserem Land ins Spiel, die vor ähnlichen Problemen stehen und auch ihre Kasse durch Vermietung aufbessern wollen. Wenn sie ihre Räumlichkeiten zu günstigeren Bedingungen anbieten können als wir, weil ihnen zum Beispiel durch den Träger die Fixkosten für die Immobilie oder sogar Personalkosten von der Hand gehalten werden, haben wir ein Problem, in der Konkurrenz zu bestehen. So etwas geschieht leider in unserem Land, häufig auch von Einrichtungen, hinter denen direkt oder indirekt die öffentliche Hand steht. Unser Wunsch ist, unter fairen, das heißt gleichen Bedingungen mit anderen Einrichtungen auf dem Markt konkurrieren zu können, auch mit den Einrichtungen des Landes und anderer öffentlicher Träger. Dafür bitten wir Sie um Ihre Unterstützung.

*Ein zweites Problem, das uns ebenfalls alltäglich beschäftigt, sind die sich wandelnden Erwartungen des Publikums an unsere Angebote und unsere Einrichtungen. Das traditionelle Bildungsbürgertum, das in den 70er- und 80er-Jahren Akademien und Bildungsstätten bevölkerte, wird älter und stirbt in absehbarer Zeit aus. Die nachwachsenden Generationen haben überwiegend ein anderes **Bildungs- und Medienverhalten**. Diese Generationen fragen nicht mehr drei- oder gar fünftägige Seminarveranstaltungen mit Übernachtungen (die berühmten „pädagogischen Nächte“) nach, sondern Kurzzeitveranstaltungen und Events, um anschließend wieder nach Hause zu fahren. So etwas können wir natürlich auch, was die Inhalte, die Organisation und auch den Glamour angeht, der zunehmend eine Rolle spielt, doch haben wir Probleme mit der Refinanzierung der dabei entstehenden Kosten. Denn einerseits sind die Teilnehmer solcher Kurzzeitveranstaltungen nur begrenzt zur finanziellen Eigenbeteiligung bereit, andererseits unterscheidet sich der Aufwand generell nur unwesentlich, egal, ob eine Veranstaltung rund sechs Stunden oder drei Tage dauert. Für beides muss zum Beispiel gleichermaßen Prospekt- und Werbematerial hergestellt und versandt werden. Und auch die Fixkosten für den Internatsbetrieb in unseren Bildungsstätten bleiben die gleichen, egal ob die Gästezimmer nun benutzt werden oder nicht.*

Wir stehen damit in den kommenden Jahren vor der Aufgabe, Finanzierungsmodelle zu entwickeln, die es uns erlauben, politische, kulturelle und soziale Bildung in unseren Bildungsstätten auch für die nachwachsenden Generationen mit ihrem geänderten Bildungsverhalten anzubieten, und die diese Finanzierungsmodelle in die Fortentwicklung der Förderrichtlinie einbringen. Auch dafür bitten wir Sie um Ihre Unterstützung.

Ausblick

Denn von aktuellen Problemen dieser Art einmal abgesehen haben unsere Bildungsstätten und Akademien eine große Zukunft:

(1) Wir beobachten seit Jahren eine zunehmende Nachfrage der Menschen um die 50 nach Bildungsveranstaltungen. Nach Jahrzehnten, in denen Beruf und Familie alle Energie und Zeit forderten, gewinnen Menschen um die 50 zunehmend mehr Zeit und Freiraum auch für die persönlichen Interessen und für das Engagement im ehrenamtlichen Bereich. Um sich dafür fit zu machen, kommen sie zunehmend in unsere Einrichtungen.

(2) Gleichzeitig steigt in unserer alternden Gesellschaft der Bedarf nach Weiterbildung, den wir als Bildungsstätten im sogenannten „weichen“ Bereich entdecken müssen. Sei es in politischer Bildung, sei es im Bereich des Sprache-Lernens, sei es in ergänzenden kulturellen, historischen und politischen Informationen über Länder und Kulturen, mit denen unsere Gäste beruflich in Kontakt stehen, um nur einige Beispiele anzuweisen.

Deshalb sehen wir mit Optimismus in die Zukunft und sind sicher, die aktuellen Probleme unserer Einrichtungen lösen zu können.

Auf Fragen aus dem **Ausschuss** antwortet Dr. Pelka, mit anderen Bildungsanbietern ohne eigenes Haus suche man die Kooperation (zum Beispiel mit der Academia Baltica). Wenn andere Einrichtungen kostengünstigere Angebote machten, verzichteten die Bildungsstätten auf vergleichbare Konkurrenzangebote. Die Kooperation der Bildungsstätten untereinander sei - auch bei Veranstaltungen und Marketingmaßnahmen - gut. Das Thema Bildungsurlaubsplätze spiele schon seit längerem eine untergeordnete Rolle. 80 % der Teilnehmer kämen aus Schleswig-Holstein. Bei der Rekrutierung des pädagogischen Personals spielten neben fachlichen und pädagogischen Voraussetzungen zunehmend Fähigkeiten in den Bereichen Akquisition und Marketing eine Rolle.

Herr Behrsing macht darauf aufmerksam, dass der wirtschaftliche Erfolg der Bildungsstätten habe gesteigert werden können. Die Zusammenarbeit zwischen Bildungsstätten und Volkshochschulen solle weiter verbessert werden.

Frau Dr. Janzen teilt mit, die Staatskanzlei werde die Richtlinie der institutionellen Förderung der Bildungsstätten für die Jahre 2008 bis 2010 auf der Grundlage der neuen Liegenschaftsbeurteilung der GMSH und der aktuellen Zahlen der Teilnehmertage fortschreiben.

Die Vorsitzende würdigt die Arbeit der Bildungsstätten und bedankt sich im Namen des Bildungsausschusses stellvertretend bei Herrn Dr. Pelka für das Engagement der Bildungsstätten.

Punkt 2 der Tagesordnung:

Präsentation des Wissenschaftsministeriums zur Neuen Hochschulsteuerung in Schleswig-Holstein

Umdruck 16/2375

St de Jager stellt die Grundzüge der Neuen Hochschulsteuerung in Schleswig-Holstein vor, Umdruck 16/2375.

Abg. Weber legt Wert darauf, dass das Parlament die Grundsätze der Zielvereinbarungen mit den Hochschulen vorgebe, das Wissenschaftsministerium dem Bildungsausschuss einen Ergebnisbericht zur Erfüllung der bisherigen Zielvereinbarungen vorlege und bei der Betrachtung des Wissenschaftsraums Schleswig-Holstein grenzüberschreitende Studierendenverkehre einbezogen würden.

Abg. Herbst möchte wissen, ob eine Ausweitung des Anreizbudgets vorgesehen sei.

St de Jager erwidert, eine Erhöhung des Anreizbudgets über die 5 % hinaus sei angesichts der den Hochschulen insgesamt zur Verfügung stehenden knappen Finanzmasse derzeit nicht geplant. Das Sockelbudget orientiere sich an den quantitativen HIS-Parametern. Einen Zwischenbericht zur Auswertung der bisherigen Zielvereinbarungen mit den Hochschulen werde man dem Bildungsausschuss zur Sitzung am 6. Dezember 2007 vorlegen, in der man weitere Einzelheiten der Neuen Hochschulsteuerung erörtern könne. Es gehe darum, die schleswig-holsteinischen Hochschulen durch eine bessere Abstimmung und Kooperation für den nationalen und internationalen Wettbewerb starkzumachen.

Abg. Heinold plädiert dafür, als Parlament Eckpunkte für die Zielvereinbarungen zu beschließen und der Regierung auf dem Weg der Verhandlungen über die neuen Zielvereinbarungen mit den Hochschulen aufzugeben. Außerdem fragt sie nach den Fortschritten bei der nord-deutschen Kooperation im Hochschulbereich.

Abg. Dr. Klug regt an, als Bildungsausschuss im ersten Halbjahr 2008 zu den Zielvereinbarungen mit den Hochschulen eine Anhörung durchzuführen. Er möchte vom Ministerium wissen, inwieweit es das hessische Verfahren der Mittelzuweisung an die Hochschulen anwende, inwieweit die bisherigen Zielvereinbarungen erfüllt worden seien und ob bei der Bemessung

der Sockelfinanzierung der Umstand berücksichtigt werde, dass Hochschulen bei der Einwerbung von Drittmitteln zum Teil nicht unbedeutende Eigenanteile aufbringen müssten.

St de Jager sagt zu, die letzte Frage zu prüfen. Die Mittelzuweisung an die Hochschulen erfolge ähnlich wie in Hessen, das schleswig-holsteinische Verfahren sei allerdings nicht ganz so filigran wie in Hessen. Aus der Kooperation mit Hamburg sei im Hochschulbereich bislang nicht viel geworden. Nachdem die Forschungsschwerpunkte der einzelnen Bundesländer identifiziert worden seien, sollten mögliche Kooperationsfelder entwickelt werden.

Der Bildungsausschuss vereinbart, die Themen Neue Hochschulsteuerung und Zielvereinbarungen mit den Hochschulen in der Ausschusssitzung am 6. Dezember weiter zu behandeln.

Punkt 3 der Tagesordnung:

Informatik als Unterrichtsfach in der Schule

Antrag der Fraktion der FDP
Drucksache 16/1496

(überwiesen am 13. Juli 2007 an den Bildungsausschuss)

Mit den Stimmen von CDU, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimme der FDP empfiehlt der Bildungsausschuss dem Landtag, den FDP-Antrag in der Fassung der Drucksache 16/1572 (neu) anzunehmen.

Punkt 4 der Tagesordnung:

Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Schleswig-Holsteinischen Schulgesetzes

Gesetzentwurf der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 16/1563

(überwiesen am 13. September 2007 an den Bildungsausschuss)

Der Ausschuss beschließt, Landesrechnungshof, Städteverband, Gemeindetag, LAG der Waldorfschulen, Verband deutscher Privatschulen, Schülerschule Pinneberg, Bildungsstiftung Lernwerft Kiel, Katholische Grundschule Süden, Private Realschule Kiel-Düsternbrook, Gymnasium Luisenlund, Christliche Schule Kiel, Pädagogikum Bad Schwartau, Montessori-Schule Leben und Lernen um eine schriftliche Stellungnahme zu bitten.

Punkt 5 der Tagesordnung:

Bericht zur Eingangsphase der Grundschule

Bericht der Landesregierung
Drucksache 16/1462

(überwiesen am 14. September 2007 an den Bildungsausschuss zur abschließenden Beratung)

Auf eine Frage von Abg. Dr. Klug erwidert M Erdsiek-Rave, die Bildung von jahrgangsübergreifenden Lerngruppen hänge von der Organisationsform der Schule und den Verhältnissen vor Ort ab. Ziel sei es, das Thema Eingangsphase der Grundschule im Rahmen der Fortbildungsoffensive voranzutreiben und sich die erprobten Konzepte zunutze zu machen.

Der Ausschuss nimmt den Bericht der Landesregierung zur Eingangsphase der Grundschule abschließend zur Kenntnis.

Punkt 6 der Tagesordnung:

Bericht zur Unterrichtssituation 2006/07

Bericht der Landesregierung
Drucksache 16/1519

(überwiesen am 14. September 2007 an den Bildungsausschuss zur abschließenden Beratung)

M Erdsiek-Rave nennt die wichtigsten Eckdaten der Unterrichtsversorgung im abgelaufenen Schuljahr 2006/07. Die Schülerzahl an allgemeinbildenden Schulen insgesamt sei im Vergleich zum Vorjahr um rund 2.400 zurückgegangen. Die Zahl der Schülerinnen und Schüler an den berufsbildenden Schulen sei im aktuellen Jahr 2006/07 um knapp 1.800 (1,4 %) weiter gestiegen. Die Schülerzahlen an allgemeinbildenden Schulen hätten sich je nach Schulart unterschiedlich entwickelt. Den deutlich gestiegenen Schülerzahlen an Gymnasien (plus 3.000) und leichten Anstiegen an Gesamtschulen (plus 470) stünden ausgeprägte Rückgänge an Grundschulen (minus 960), Hauptschulen (minus 3.100) und Realschulen (minus 990) gegenüber. An den berufsbildenden Schulen habe sich vor allem die Zahl der Jugendlichen mit einem Ausbildungsverhältnis (plus 900) erhöht sowie die Schülerzahl an Berufsfachschulen (plus 520) und beruflichen Gymnasien (plus 450).

Die Klassenzahl an den allgemeinbildenden Schulen insgesamt sei im Schuljahr 2006/07 um 255 zurückgegangen, ausschließlich an den Gymnasien und Gesamtschulen sei die Klassenzahl einhergehend mit dem Schülerzahlenzuwachs gestiegen. Der Rückgang der Klassenzahl übertreffe mit einem Anteil von 1,8 % den Schülerzahlenrückgang von 0,7 %, dies habe in Grundschulen, Sonderschulen und Gymnasien einen Anstieg der durchschnittlichen Klassenfrequenz zur Folge. An Hauptschulen, Realschulen und Gesamtschulen sei die Frequenz leicht zurückgegangen.

Durch die Eingangsphase in der Grundschule und die damit verbundenen Möglichkeiten der individuellen Förderung sei die Zahl der Zurückstellungen von der Einschulung erneut gesunken. Nur 3,5 % der schulpflichtig gewordenen Kinder seien von der Einschulung zurückgestellt worden. Vor 12 Jahren habe der Anteil noch bei 14 % gelegen.

Die Übergangsquoten nach Ende der Grundschulzeit in die weiterführenden Schularten wiesen erneut deutliche Verschiebungen im Vergleich zum Vorjahr auf. Während die Quote der Übergänge auf Hauptschulen weiter gesunken sei, wies die Quote der Übergänge auf Gym-

nasien erneut eine klare Zunahme auf. Damit habe das Gymnasium seinen Status der am häufigsten gewählten Schulart weiter ausgebaut. Die Quote der Übergänge auf Realschulen sei unverändert geblieben, die auf Gesamtschulen leicht zurückgegangen.

Die Unterrichtsversorgung - so fährt die Ministerin fort - habe in Schleswig-Holstein auch in diesem Jahr verbessert werden können. An den allgemeinbildenden Schulen sei die Relation „erteilte Unterrichtsstunden je Schülerin/je Schüler“ im vierten Jahr in Folge gestiegen, von 1,36 auf 1,38. An den berufsbildenden Schulen sei die Relation „Unterrichtsstunden je Schülerin/je Schüler“ trotz steigender Schülerzahlen stabil geblieben.

Der Unterrichtsausfall habe im Vergleich zum Vorjahr erneut gesenkt werden können von insgesamt 1,9 % auf 1,77 %. Die Werte der einzelnen Schularten lägen deutlich unter den festgelegten Benchmarks.

Abg. Dr. Klug bittet das Bildungsministerium, dem Ausschuss die aktuellen Schülerzahlen der Gymnasien zu nennen.

Der Ausschuss nimmt den Bericht zur Unterrichtssituation 2006/07 abschließend zur Kenntnis.

Punkt 7 der Tagesordnung:

Verschiedenes

- a) Abg. Dr. Klug bittet die Bildungsministerin, in der nächsten Ausschusssitzung, am 1. November 2007, über die Änderung der Landesverordnung über die **Abiturprüfung** an Abendgymnasien, für Nichtschülerinnen und Nichtschüler und an Waldorfschulen zu berichten.
- b) Abg. Dr. Klug bittet das Wissenschaftsministerium, zur nächsten Sitzung über den Sachstand des **Baltic Sea International Campus** in Eckernförde zu berichten.
- c) Abg. Weber bittet die Landesregierung, zur nächsten Sitzung über die Einführung des **Bachelor- und Master-Professional** in Schleswig-Holstein zu berichten.

Die Vorsitzende, Abg. Eisenberg, schließt die Sitzung um 16:15 Uhr.

gez. Sylvia Eisenberg

Vorsitzende

gez. Ole Schmidt

Geschäfts- und Protokollführer